

FRANKREICHS VISION VON EUROPA

François Hollande | Staatspräsident der Republik Frankreich

Dieser Text basiert auf der Rede, die François Hollande während eines Dinners im Collège des Bernardins in Paris am 6. Oktober 2016 gehalten hat - zum Anlass des 20. Jahrestages der Gründung des Jacques Delors Instituts, damals als „Notre europe“. Das Video zur Rede steht auf unserer YouTube Seite und die Fotos des Events auf unserem Flickr Profil.

Einleitung

Ich möchte mich gleich zu Beginn bei den Verantwortlichen des Collège des Bernardins für den freundlichen Empfang und die Gelegenheit bedanken, hier vor Ihnen sprechen zu dürfen. Für mich ist es die erste Rede, die ich an diesem Ort halte. Er verleiht meinem Vortrag einen feierlichen, gehaltvollen, spirituellen Rahmen.

Zunächst möchte ich den von mir so geschätzten Jean-Claude Juncker begrüßen, der zwar nicht den Vorzug des Alters genießt, denn er ist genauso jung wie ich, dafür aber den Vorzug langjähriger Betriebszugehörigkeit. Auf den Fluren der europäischen Institutionen erinnert er immer wieder gern daran, dass er dort wohl schon länger als die meisten anderen verkehrt - aber eben nicht an gleicher Stelle. Nachdem er im eigenen Land im Laufe seiner Karriere praktisch alle wichtigen Ämter bekleidet hat, ist er nun Präsident der Europäischen Kommission.

Ich möchte meine freundschaftliche Zuneigung ihm gegenüber und meine Dankbarkeit für sein politisches Handeln in dieser so schwierigen Zeit zum Ausdruck bringen. Dass Großbritannien aus der EU ausscheidet, liegt nicht an ihm. Er hat vielmehr alles dafür getan,

damit die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU zum beiderseitigen Vorteil verlaufen. Es war das britische Volk, das als Souverän das letzte Wort behielt und sich entschied, die Europäische Union zu verlassen. Man kann nicht behaupten, dass dieses Ergebnis eine Folge der europäischen Unnachgiebigkeit war oder auf die vermeintlich allzu negative Haltung der Kommission gegenüber einem Land zurückzuführen ist, das mit Kritik nicht hinter dem Berg hielt.

Verehrter Enrico Letta, ich freue mich, Dich in deiner Verantwortung als Präsident von „Notre Europe“ wiederzusehen, buchstäblich an der Spitze von „unserem Europa“. Wir lernten uns kennen, als Du italienischer Premierminister warst. Deine erste Auslandsreise führte Dich nach Paris, wie um daran zu erinnern, dass Du in Straßburg aufgewachsen bist. Auch deshalb sprichst du perfektes Französisch, obwohl Dein Englisch dem in nichts nachsteht. Doch im Europäischen Rat wähltest Du freundlicherweise selbst dann unsere Sprache, wenn Franzosen oder französischsprachige Mitglieder aus rein taktischen Überlegungen mit dem Englischen vorliebnahmen. Bald wird sich dieses Problem ohnehin erübrigt haben. Für mich als Präsident ist es ein Vergnügen heute bei Dir zu sein.



1. Das europäische Aufbauwerk braucht Architekten

Meine Gedanken sind auch bei Jacques Delors, der heute nicht bei uns sein kann. Er hat meinen politischen Werdegang entscheidend geprägt und dazu beigetragen, dass ich mich nicht nur als leidenschaftlicher Politiker, sondern auch als leidenschaftlicher Europäer verstehe. Wir sind heute Abend zusammengekommen, um in Erinnerung zu rufen, was er für Europa geleistet hat, aber auch, was er mit dem Institut, das seinen Namen trägt, auf den Weg gebracht hat. Unter den hier Anwesenden haben ihn einige als Präsidenten des Instituts auf diesem Weg begleitet.

„Notre Europe“ entstand, als Jacques Delors nach mehr als zehn Jahren im Amt die EU-Kommission verließ. Seine Amtszeit, in der es, anders als manche heute glauben machen, an schwierigen Herausforderungen nicht mangelte, stand im Zeichen der Stärkung der EU, die Stichworte hießen Erweiterung und Vertiefung. Unter seinem Vorsitz blühte die Kommission auf, während seiner Präsidentschaft beeindruckte diese Institution mit ihrer Tatkraft. Die Staats- und Regierungschefs an seiner Seite zogen bereitwillig mit. Wenn nicht alle, so waren doch die meisten bestrebt, das europäische Projekt voranzubringen. Europa sah sich zu jenem Zeitpunkt noch nicht mit seiner großen Herausforderung – der Wiedervereinigung Deutschlands und des Kontinents – konfrontiert. Seinem Selbstverständnis nach war Europa ein Raum der Demokratie und des Wohlstands.

Es ist Jacques Delors zu verdanken, dass der Binnenmarkt Wirklichkeit und die Regionalpolitik erheblich gestärkt wurde. Er legte den Grundstein für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und verfolgte zielstrebig das Ideal eines sozialen Europas. Jacques Delors war von Anfang an klar, dass die wirtschaftliche Integration, wenn sie die Völker wirklich vereinen soll, mit engerer politischer Abstimmung einhergehen und von einer sozialen Vision begleitet werden muss. Seit 1989 setzte er sich für die gemeinsame Währung ein und arbeitete mit einer Gruppe von Experten, von denen einige heute Abend im Saal sind, an ihrer Einführung. Gemeinsam schufen sie die Basis für den Vertrag von Maastricht.

Dennoch sah er von Beginn genau, was der Vertrag beinhaltete – und was er versäumt hatte. Er schuf eine Gemeinschaftswährung, die Staaten und Völker näher zusammenrücken ließ. Was dem Vertrag fehlte, wie wir später zu unserem Leidwesen feststellen sollten, waren gemeinschaftliche Regierungs- und Entscheidungsstrukturen, besser aufeinander abgestimmte nationale Wirtschaftspolitiken und nicht zuletzt eine Strategie zur Harmonisierung der Sozialsysteme. Jacques Delors bemerkte früh, dass

angesichts der schnell voranschreitenden Integration mit Erschöpfungssymptomen und Ausstiegsgedanken zu rechnen wäre.

Daher sprach er sich in der Zeit zwischen 1985 und 1992, als wichtige Hindernisse aus dem Weg geräumt waren, dafür aus, das Tempo zu drosseln und das in Europa Erreichte zu bewahren und zu konsolidieren. Jacques Delors besaß politisches Fingerspitzengefühl und war intellektuell vorausschauend genug, um zu erkennen, dass ein Europa der Institutionen allein nicht genügt. Es galt, auch gesellschaftliche Akteure und die Vertreter der Wirtschaft mit ins Boot zu holen. So kam es durchaus vor, dass er in Brüssel diskret Treffen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden organisierte, um vorzufühlen, wie man das soziale Europa voranbringen könnte.

Jacques Delors hatte darüber hinaus die Absicht, die wichtigsten europäischen Intellektuellen miteinzubeziehen, damit diese sich eingehend mit der Vertiefung des europäischen Projektes auseinandersetzen könnten. Ihm war bewusst, dass kulturelle, geistige und intellektuelle Faktoren dabei eine wichtige Rolle zu spielen hätten. Nur so würde den Europäern ersichtlich, dass sie mehr verbindet als ein Markt, eine Währung und der grenzüberschreitende Handel. Was sie zusammenhält, sind Werte und Überzeugungen, die einen Rückfall in die Ära der Konflikte verhindern und dafür sorgen, dass sich nach und nach eine europäische Identität herausbilden kann.

Er setzte sich mit als erster für zivilgesellschaftliche Organisationen auf europäischer Ebene ein. Aus solchen Überlegungen ist schließlich auch das Institut Notre Europe hervorgegangen. Seit mehr als zwanzig Jahren haben sie, verehrte Anwesende, daran mitgewirkt, dass Jacques Delors sein Werk fortsetzen und auch weiterhin wegweisende Vorschläge unterbreiten kann.

Einer dieser Vorschläge hat die europäischen Institutionen schon jetzt verändert. Das System der Spitzenkandidaten, das die Wahl zum Kommissionspräsidenten an das Votum bei den europäischen Parlamentswahlen koppelt, war eine wichtige demokratische Neuerung.

Was in den Verträgen festgeschrieben ist oder den europäischen Institutionen auferlegt wird, ist oft chancenlos. Manche Regelungen existieren nur, damit sie niemals umgesetzt werden müssen. Als nach den letzten EU-Wahlen die stärkste Fraktion im Parlament den Posten des Kommissionspräsidenten dann tatsächlich für sich reklamierte, erleichterte das nicht unbedingt die Konsensbildung im Europäischen Rat.

Schließlich meldeten sich die Sozialisten und Sozialdemokraten, eigentlich die Wahlverlierer, zu Wort und stellten sich hinter die neue Regelung. Als designierter Spitzenkandidat der siegreichen Europäischen Volkspartei sollte Jean-Claude Juncker konsequenterweise auch Kommissionspräsident werden. Folglich ist er nicht zuletzt durch die Unterstützung von Sozialisten und Sozialdemokraten in sein Amt gelangt. Vor allem aber lag sein Erfolg in der Tatsache begründet, dass er sich im europäischen Parlament auf eine große Mehrheit stützen kann – aus diesem Prozess ging die EU gestärkt hervor. Jean-Claude Juncker gibt immer wieder wichtige Impulse, die das europäische Projekt auch in diesen schwierigen Zeiten voranbringen.

Ferner ahnte Jacques Delors frühzeitig, dass Umwelt- und Klimafragen für die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung sein würden. Er brachte schon vor Jahren die Idee einer Europäischen Energiegemeinschaft ins Spiel, die inzwischen langsam Gestalt annimmt. Der Klimavertrag, der in Paris unterzeichnet wurde, wird noch vor Jahresende in Kraft treten – auch vor diesem Hintergrund sollte die Rede gesehen werden, die ich heute Abend hier halte. Europa erwies sich einmal mehr als Triebkraft, denn das EU-Parlament und die Regierungen der Mitgliedsstaaten ratifizierten das Abkommen und demonstrierten damit europäische Einigkeit.

Des Weiteren möchte ich noch ein Wort zu den Studien des Instituts sagen, weil diese Analysen im Laufe der Jahre und unter der Schirmherrschaft der Institutspräsidenten von Pascal Lamy bis Enrico Letta oft zukunftsweisende Empfehlungen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen enthielten. Sie forderten die Stärkung des Schengen-Raums – da hätten wir Euch schon eher Gehör schenken sollen. Sie beschäftigten sich mit Fragen der kollektiven Sicherheit in Europa. Sie regten die Schaffung eines gemeinsamen Haushalts für die Eurozone an – und es ist wahrlich an der Zeit, diese Pläne umzusetzen – oder setzten sich für ein Erasmus-Programm für Lehrlinge ein. Es brauchte eine Weile, bis die Regierungschefs diese Vorschläge aufgriffen, aber einige von ihnen wurden letzten Endes vom Europäischen Rat oder dem EU-Parlament übernommen.

Jacques Delors sagte mehr als einmal, dass Europa Feuerwehrmänner, Maurer, aber auch Architekten braucht. Mit diesem Bild hatte er völlig Recht. Natürlich liegt es in der Verantwortung der Staats- und Regierungschefs Krisen zu überwinden. Bei genauerer Betrachtung kommt man jedoch zu dem Schluss, dass Europa sich immer in irgendeiner Krise befand, es lebte mit diesen Krisen und durchlebte sie. Es gab stets dringenden Handlungsbedarf. Das

galt sogar für das Europa der Sechs, wie sich leicht zurückverfolgen ließe. In der Tat war das Europa der Gründerjahre zahlreichen Krisen ausgesetzt. Es ist doch nicht die bloße Anzahl der Mitgliedsstaaten, die Krisen heraufbeschwört, sondern die Situationen, in denen sich diese wiederfinden. Zwischen einzelnen Staaten oder Regierungen kann es immer wieder zu Unstimmigkeiten kommen, weil man zu unterschiedlichen Einschätzungen der Lage gelangte.

2. Europa steht vor der Krise

Europa konnte mit Krisen umgehen, schließlich ist es die Aufgabe der im Europäischen Rat vertretenen Staats- und Regierungschefs, Lösungen zu finden. Neu ist an unserer derzeitigen Situation, dass es sich eben nicht um eine Krise wie alle anderen handelt. Die gegenwärtige Krise erschüttert das Fundament Europas. Ein Land kehrt Europa den Rücken, die EU selbst ist tief gespalten. Nationalistische Umtriebe und populistische Tendenzen vertiefen diese Spaltung noch. Diese Krise ist anders, es geht um die Grundlagen des europäischen Projekts.

Auch deshalb müssen wir, wie Enrico [Letta] zurecht anmahnte, zurück zu den Quellen. Wir müssen begreifen, was in Europa derzeit vor sich geht. In meiner Funktion als französischer Staatspräsident wohnte ich zahlreichen Treffen des Europäischen Rats bei. Jedes Mal war eine Krise der Anlass. Meine erste Ratssitzung fand im Juni 2012 statt. Die Lage in Italien und Spanien war dramatisch. Das Bankensystem war ins Wanken geraten und drohte, beide Länder mit in den Abgrund zu reißen. Der Druck der Spekulanten war enorm und stellte die EU vor eine Zerreißprobe.

Wir – das waren vor allem der italienische Ministerpräsident Mario Monti, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und Jean-Claude [Juncker], damals noch Regierungschef von Luxemburg – haben uns nächtelang mit diesen Problemen befasst. Irgendwann musste ein Entschluss gefasst werden. In jener Nacht im Juni sind wichtige Entscheidungen für Europa gefällt worden: für die Stabilisierung der Eurozone, für den Verbleib Griechenlands und für die Konsolidierung Italiens, Spaniens, Portugals und Irlands. Wir leiteten die notwendigen Finanzierungsmechanismen in die Wege, die Europäische Zentralbank tat das ihrige und wurde so ihrer Verantwortung gerecht. Das war die für mich wichtigste Nacht der letzten Jahre.

Dann kamen die nächsten Krisen. Die Krise in Griechenland, immer wieder Griechenland. Erst eine, dann zwei, schließlich nicht enden wollende Nachtsitzungen, um einen Ausweg aus der misslichen Lage zu finden. Für uns war es ein politisches, ich würde sogar fast sagen ein kulturelles, ja

zivilisatorisches Gebot, Griechenland in der Eurozone zu halten.

Anschließend kam es zu einer einschneidenden Krise, die unsere Werte auf die Probe stellte. In der Flüchtlingskrise verliefen die Konflikte nicht zwischen kleinen und großen Mitgliedsstaaten, Nord und Süd, Defizitländern und Überschussländern. Ein tiefer Graben tat sich auf zwischen jenen, die bereit waren, Flüchtlinge aufzunehmen und jenen, die sich dagegen sperrten. Einige Länder wollten bessere Kontrollen an den gemeinsamen Außengrenzen, während andere der Meinungen waren, dass jeder mit dieser Situation allein zurechtkommen müsse. Bei der Frage, wie die Flüchtlinge in Europa verteilt werden sollten – du wirst dich an die Diskussionen erinnern, Jean-Claude [Juncker] – war es, als ob Haushaltsmittel oder Entschädigungszahlungen aufgeschlüsselt werden sollten, nur ging es plötzlich um Menschen, die auf verschiedene Mitgliedsstaaten zu verteilen waren. Da wurde einem schlagartig bewusst, zumindest ging es mir so, dass Europa sich in einer regelrechten Sinnkrise befindet. Es war nicht mehr damit getan, bis tief in die Nacht hinein zu verhandeln. Es bedurfte eines ganz neuen Rahmens. Die Flüchtlingspolitik musste aus einem ganz anderen Geist entspringen, der unseren gemeinsamen Werten entspricht.

Es geht nicht mehr um die Institutionsarchitektur. Es geht nicht darum zu wissen, welche Finanzierungsprogramme nötig sind, um diese Pleite zu verhindern oder jene wirtschaftliche Schwierigkeit zu bewältigen. Es ist mittlerweile wirklich eine Frage des Teilens.

Dann stellte sich die Frage, ob Großbritannien seine Zukunft in Europa sieht. Diese Frage ist mindestens so alt wie die britische EU-Mitgliedschaft. In meinen Gesprächen mit David Cameron, als ich nach Mitteln und Wegen suchte, um Großbritannien die Entscheidung für den Verbleib in der EU zu erleichtern, erklärte ich ihm, dass sich General de Gaulle über Jahre hinweg einem britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt entgegenstellte. Unter Pompidou musste sogar ein Referendum abgehalten werden, damit die Franzosen Großbritannien endlich mit offenen Armen in Europa empfangen. Und da wollt ihr, meinte ich zu David Cameron, nach so vielen gemeinsamen Anstrengungen, nach all den Bemühungen um ein besseres Verständnis zwischen unseren beiden Ländern, einfach davonziehen? Ihr scheint gewillt, all die Kompromisse und Konzessionen, die in der EU erzielt worden sind, unvermittelt aufzugeben. Ich glaube, David Cameron ging davon aus, dass er das Referendum gewinnen würde und Großbritannien in der EU bleibt. Auch ich hegte diese Hoffnung. Aber es ist hinfällig, jetzt darüber zu diskutieren, ob das

Referendum eine gute Idee war. Das britische Volk hat gesprochen und wir müssen dieses Votum akzeptieren. Was hat bei der Volksabstimmung im Vereinigten Königreich den Ausschlag gegeben? Im Wesentlichen ging es um Immigration und nicht um die Frage, ob die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens mehr Nutzen oder mehr Nachteile mit sich bringt.

An der Frage der Einwanderung, des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Aufgeschlossenheit gegenüber anderen – in dem Fall war der Andere auch Europäer: Pole, Bulgare, Ungar –, zeigt sich, dass diese Offenheit keineswegs selbstverständlich ist. Dieser Tatsache muss man ins Gesicht sehen. Was kann in einer solchen Situation getan werden? Auf dem Treffen in Bratislava versammelten sich die Vertreter der 27 Mitgliedsstaaten, um diese Probleme offen zu diskutieren, sie ihrer Dringlichkeit nach zu ordnen und einen Zeitplan zu entwickeln, in dem langfristig wirksame Lösungsvorschläge erarbeitet werden sollen.

Die nächste Etappe in diesem Zeitplan ist das Treffen, das im März 2017 in Rom stattfindet und mit den Feierlichkeiten des sechzigsten Jahrestags der Römischen Verträge zusammenfällt. Die Prioritäten, deren Reihenfolge sich je nach aktueller Lage natürlich ändern kann, lauten Sicherheit, Wachstum, Arbeitsplätze – aber dazu gehören auch all die Dinge, die dem Zusammenleben insgesamt förderlich sind: Kultur, Bildung, Forschung, Jugendpolitik. Ich halte diese Vorgehensweise für die richtige. Es war nicht einfach, sich auf sie zu einigen. Und gewiss kommen darin nicht alle Hoffnungen zum Ausdruck, die wir mit Europa verbinden. Aber der Rahmen steht.

Wie so oft wurde die Einigung in letzter Minute erzielt. Einige glaubten, man könne ganz auf ein Abschlusskommuniqué verzichten. Aber sobald das Dokument auf dem Tisch lag, fingen die Probleme erst richtig an. Entweder man akzeptiert den Text so, wie er vorliegt, oder man fängt an, Änderungen einzufügen. Die Diskussion zog sich über mehrere Stunden hin, dann erschien es allen Beteiligten am vernünftigsten, den Text in seiner bestehenden Form zu übernehmen. Besser ein Dokument als keines. Dieses Dokument, das Jean-Claude Juncker mit seiner kurz vor dem Bratislava-Treffen gehaltenen Rede vor dem Europäischen Parlament vorbereiten half – und ich bin ihm dafür zu tiefer Dankbarkeit verpflichtet –, steckt den Handlungsrahmen für die unmittelbare Zukunft ab.

Sind wir damit für alles gewappnet? Können wir uns darauf verlassen, dass wir zum Gemeinschaftsgeist zurückfinden werden? Wird dieser Handlungsrahmen sicherstellen, dass wir die für unsere Völker wesentlichen Probleme auch tatsächlich angehen? Oder werden

sich die Fliehkräfte in Europa als stärker erweisen? Mitunter kommen in einem Referendum nationalistische Anwandlungen zum Ausdruck, wie sich letzten Sonntag [in Ungarn] zeigte, und auch wenn man sich damit zufriedengeben mag, dass die Wahlbeteiligung nicht sonderlich hoch war, muss das Resultat doch nachdenklich stimmen.

Werden wir stärker sein als diejenigen, für die Europas Tage gezählt sind? Genau genommen wollen die meisten natürlich in der EU bleiben, aber einigen schwebt ein Europa vor, in dem man sich an den Verhandlungstisch setzt, holt, was zu holen ist und blockiert, wo es etwas beizutragen gälte, um gemeinsam die Lasten der Zukunft zu schultern. Bei ein paar Punkten muss meiner Meinung nach absolute Klarheit herrschen. Da ist zuallererst die Frage nationalstaatlicher Souveränität. Ich bin zutiefst überzeugt, dass der Rückzug auf den Nationalstaat, die Schließung der Grenzen und die Abkehr von einer transnationalen Handlungsperspektive die falsche Antworten auf die Herausforderungen darstellen, die Europa bevorstehen.

Genauso illusorisch wäre es allerdings, wenn man so tut, als ob die europäische Idee ohne die Legitimität auskommen könnte, die in der nationalstaatlichen Souveränität verkörpert ist. Dass man diesen Eindruck gewinnen konnte, hat den Populismus sicher befeuert und gestärkt. Jacques Delors warnte vor derartigen Illusionen und bezeichnete Europa stattdessen als „Verbund von Nationalstaaten“, was zu jener Zeit skeptische Blicke und hämische Kommentare hervorrief. Aber er wusste, dass sich in dieser Formulierung einerseits der Respekt gegenüber den Staaten und damit auch den Nationen ausdrückte, sie aber die Adressaten andererseits auch dazu anhielt, bestimmte Projekte gemeinsam zu verwirklichen. Es ist daher erforderlich, die Europäer zu einen, ohne die Völker vor den Kopf zu stoßen und den Zusammenhalt der verschiedenen Gesellschaften in Frage zu stellen. Wir müssen uns auf ein gemeinsames Ideal hinzu bewegen, ohne dabei das aufzugeben, was uns jeweils einzigartig macht.

Ein Land wie Frankreich, das so entscheidend an der Geschichte Europas und an der europäischen Einigung mitgewirkt hat, pocht darauf, dass seine außergewöhnliche Stellung, seine Einzigartigkeit – manche mögen das Identität nennen, ich bin mir aber nicht sicher, ob es sich dabei um einen sonderlich hilfreichen Begriff handelt –, in jedem Falle aber die Idee Frankreichs sich auf europäischer Ebene widerspiegeln.

Kommen wir nun zur zweiten Frage: die Subsidiarität. Wofür ist Europa zuständig? Und was ist Aufgabe der Staaten? Auch darüber haben wir in Bratislava diskutiert und überlegt, auf welchen Gebieten Europa eher

als einzelne Mitgliedstaaten in der Lage ist, die Dinge voranzubringen. Im Wesentlichen handelt es sich um drei Aufgabenbereiche.

3. Die Bratislava roadmap

3.1. Grenzschutz

Zunächst einmal wäre da der Grenzschutz. Europa hat Außengrenzen und es liegt in unserer Verantwortung, diese zu kontrollieren. Wenn wir das nicht tun, werden die Mitgliedsstaaten sich hinter ihre nationalen Grenzen zurückziehen. Die gemeinsame Außengrenze ist ein Bestandteil unseres Gemeinwesens. Um dafür zu sorgen, dass sie respektiert wird, brauchen wir geeignete Mittel, die auf diese Aufgabe zugeschnitten sind: die Küstenwache, die aufgestockt wurde, und der Grenzschutz. Unsere Sicherheit hängt nämlich auch von unserer Fähigkeit ab, die Ankommenden ordnungsgemäß zu registrieren und die Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Auch darum geht es im Asylrecht. Im Gegenzug muss es für Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis oder nach einem abgelehnten Asylantrag ein Rückführungsverfahren in ihre Herkunftsländer geben.

Ohne Regeln kein Respekt. Und ohne Zusammenhalt unter den europäischen Ländern kein Europa. Die wichtigste Priorität, die sich aus unserer gesamteuropäischen Verantwortung ergibt, ist folglich unsere Schutzpflicht. Das heißt, wir müssen die Grenzen genauso schützen wie die Rechte – und insbesondere das Recht auf Asyl. Sicherheit ist ein europäisches Gemeingut geworden. Frankreich hat sich lange mit seinem Verteidigungshaushalt gebrüstet, der Auslandseinsätze ermöglichte, nationale Unabhängigkeit mit einer Doktrin nuklearer Abschreckung verband und unserem Land in Europa eine Position strategischer Eigenständigkeit verschaffte. So konnten wir Militäroperation im Namen Europas durchführen, wie noch die jüngsten Einsätze in Afrika bestätigen.

Der größte Dienst, den Frankreich Europa erweisen kann, ist, beim Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine tragende Rolle zu spielen. Auch Deutschland bewegt sich in diese Richtung, was ich ausdrücklich gutheiße. Und nur weil die Briten entschieden haben, aus der EU auszutreten, heißt das noch lange nicht, dass sie von diesem Prozess ausgeschlossen werden sollten. Im Gegenteil: Alle europäischen Länder müssen sich jetzt abstimmen und ihren Beitrag zur Verteidigungspolitik leisten. Zugleich müssen wir ausloten, welche Aufgaben auf europäischer Ebene gelöst werden und welchen Sicherheitsbedarf

die Mitgliedsländer durch ihre eigenen Kapazitäten abdecken können.

Wenn ich von Schutz spreche, meine ich damit auch den Kampf gegen den Terrorismus. Der Terrorismus hat Frankreich getroffen, doch er hat auch anderswo in Europa zugeschlagen: in Belgien, Deutschland, Dänemark, Großbritannien. Es steht außer Zweifel, dass der Terrorismus langfristig eine Bedrohung bleiben wird. Aber gerade diese Tatsache sollte uns dazu veranlassen, mit vereinten Kräften zu erreichen, was wir alleine nicht bewältigen können. Im Kampf gegen den Terrorismus bedarf es größerer Kooperation und besserer Abstimmung zwischen Geheimdiensten, Polizei und Grenzschützern. Wer könnte diese Herausforderung besser meistern als Europa? Europa wäre in den Augen vieler nicht länger ein Risikofaktor, sondern ein Fels in der Brandung. Die Sicherheitspolitik ist unsere erste Priorität, wenn es darum geht, den Bürgern Europas zu vermitteln, dass die EU eine zusätzliche Sicherheitsgarantie darstellt und die Bevölkerung wirksam schützt.

3.2. Wachstum und Arbeit

Der zweite Schwerpunkt heißt Wachstum und Arbeit. Natürlich obliegt die Wirtschaftspolitik eines Landes den gewählten Regierungen der einzelnen Länder. Aber wir alle sind auf Impulse angewiesen. Einige Überschussländer müssten mehr investieren. Einige Defizitländer – und darunter verstehe ich sowohl Leistungsbilanzdefizite als auch Haushaltsdefizite – müssten ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern und ihre Haushalte sanieren. Frankreich hat sich auf diesen Weg begeben. Aber wenn es keinen Anstoß aus Europa gibt – und zwar nicht nur von der Europäischen Zentralbank –, wenn da kein gemeinsamer Wille ist, durch Investitionen – in Infrastrukturprojekte, aber auch in den Energiesektor, die Energiewende und die digitalen Netze – Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen, dann können wir unsere ambitionierten Ziele nicht erreichen. Wenn wir wollen, dass europäische Spitzenfirmen auf dem Weltmarkt mithalten können, dann müssen wir mehr investieren. Das ist die zweite Priorität.

3.3. Kultur, Bildung und Forschung

Der dritte Schwerpunkt richtet sich auf die Bereiche der Kultur-, Bildungs-, Hochschul- und Forschungspolitik. Sie müssen endlich nachhaltig auf europäischer Ebene verankert werden. Auch hier ist klar: Jedes Land schätzt seine eigenen Institutionen und Herangehensweisen. Doch wenn wir nicht zumindest den Anspruch haben, weltweit zu den besten zu gehören – und das sind wir doch in vielen Bereichen schon,

wie ein kurzer Blick auf die jüngsten Nobelpreisträger beweist –, wenn wir nicht die Ambition haben, unter den kulturellen und intellektuellen Vorreitern zu sein, dann wird Europa seinen Werten nicht gerecht. Die europäische Kultur ist mehr als die Summe der Nationalkulturen. Dem europäischen Modell liegen bestimmte menschliche und soziale Werte zugrunde.

3.4. Europäische Identität

Noch ein Wort zur europäischen Identität. Zur europäischen Identität gehört die Fähigkeit, Einfluss auf das Geschick der Welt nehmen zu können. Was mich oft ärgert, ist der Umstand, dass Europa an den runden Tischen von G20 und G7 zwar präsent ist, vertreten durch Länder, durch verschiedene Institutionen, aber sich doch die Frage stellt: Legt Europa dabei genügend Gewicht in die Waagschale? Wir beobachten seit einigen Jahren das Wiedererstarken von Imperien und Regionalmächten. Das ist zweifellos ein Gesetz der Geschichte. Imperien, die man unwiederbringlich im Niedergang oder schon verloren wähnte, sind in einer Form wieder erwacht, die eigentümlich an die Situation vor dem ersten Weltkrieg erinnert. Auch sind – in ökonomischer wie demographischer Hinsicht – neue Mächte auf den Plan getreten. Begreift sich Europa als eine politische Macht? Tritt Europa wie eine Macht auf? Europa gibt nicht vor, eine Macht zu sein, Europa ist eine Macht – allerdings eine, die für Frieden, Wohlstand und Konfliktlösungen steht.

Wir nehmen durchaus eine Sonderrolle im Weltgeschehen ein. Das ist der Grund, warum Europa im Angesicht einer Krise wie dem Syrien-Konflikt alles daran setzen muss, humanitäre Hilfsmaßnahmen zu ermöglichen. Wofür setzt sich Europa ein? Für den Schutz der leidenden Bevölkerung, da geht Europa immer wieder mit gutem Beispiel voran. Doch können wir nicht mehr tun? Ja, aber nur gemeinsam. Wenn ein Konflikt so lange andauert, bis man zusehen muss, wie in Aleppo ein mörderischer Krieg gegen die gesamte Bevölkerung geführt wird, müssten wir als Europäer da nicht einen größeren Beitrag leisten und endlich den Entschluss fassen, uns den großen Fragen der Welt zu stellen? Das setzt natürlich voraus, dass man über gewisse Druckmittel verfügt. Es setzt voraus, dass auf diplomatischer Ebene ein gemeinsamer Kurs verfolgt wird und überhaupt ein Wille existiert, mehr zu tun. Sind die Länder Europas dazu bereit?

Ich möchte an dieser Stelle eine Warnung vorausschicken. In einigen Ländern Europas ist man nach wie vor der Meinung, die USA werden schon zur Stelle sein, um sie zu schützen. Das geht tatsächlich so weit, dass sie ihre Waffen nur aus Amerika importieren und nicht etwa aus den europäischen Nachbarländern. Einige Länder glauben, es werde immer diesen Schutzmantel

geben, der sie von allen äußeren Einflüssen abschirmen wird. Einige Länder denken, die Konflikten im Nahen Osten gingen sie nichts an; es gibt Länder, die glauben, die Beziehungen zwischen Afrika und Europa beschränken sich auf die Migranten, denen es gelingt, sich unter entsetzlichen Bedingungen an die italienischen Küsten zu retten. Diese Länder seien gewarnt. Wir leben heute in einer globalisierten Welt. Wir können diesen Konflikten nicht aus dem Weg gehen.

Daher muss man die betreffenden Länder wissen lassen – und ich werde nicht müde, das zu tun –, dass sie, wenn sie sich nicht zu einer eigenen Verteidigungspolitik aufraffen können, sich nicht mehr darauf verlassen sollten, von anderen verteidigt zu werden – und zwar unabhängig vom Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl. Ich hoffe, ohne Partei ergreifen zu wollen, dass sich unter den Kandidaten die bessere durchsetzt, doch die Entscheidung liegt nicht bei uns. Ganz abgesehen davon, wer im November Präsident wird, kommt man nicht umhin festzustellen, dass die Vereinigten Staaten nicht länger im gleichen Maße bereit sind, für unsere Verteidigung zu bürgen, obwohl sie selbstverständlich unsere Verbündeten in der NATO bleiben. Oft klammert man die Frage geflissentlich aus, doch die Europäer müssen endlich begreifen, dass sie als größte Wirtschaftsmacht der Welt auch wie eine genuin politische Macht agieren müssen. Und das schließt die Fähigkeit zur Selbstverteidigung ausdrücklich mit ein.

Doch die europäische Identität ist mehr als nur Selbstverteidigung: Es geht auch darum, für unsere Werte einzustehen und eine Botschaft an die Welt zu richten. Auf welchem Weg lässt sich dieses Ziel am besten erreichen? Einmal mehr gab Jacques Delors die Richtung vor, als er zum ersten Mal den Vorsitz der Europäischen Kommission innehatte. Wir brauchen ein gemeinsames Ziel, klar geregelte Zeitpläne und konkrete Maßnahmen. In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament argumentierte auch Jean-Claude Juncker ähnlich. Frankreich unterstützt diesen Ansatz auf ganzer Linie.

3.5. Institutionen

Zuletzt möchte ich auf die europäischen Institutionen zu sprechen kommen. Die Europäische Kommission wird zu Recht als Hüterin der europäischen Verträge bezeichnet und doch muss sie mehr sein als das. Sie muss eine impulsgebende Kraft bleiben und zugleich natürlich immer auf Kompromisse bedacht sein. Diese Kommission muss von ihrem Initiativrecht Gebrauch machen und dadurch dem europäischen Gemeinwohl dienen. Soweit zur Kommission; wie steht es mit dem Europäischen Rat? Die Mitgliedsstaaten

müssen die Vorschläge zusammenführen, auf eine gemeinsame Position und ein sorgfältig austariertes Gleichgewicht hinarbeiten, doch die Initiative muss von der Kommission und dem Europäischen Parlament ausgehen, welches die Völker unseres Kontinents repräsentiert. Ich stelle nicht in Abrede, dass die Volksvertretungen der einzelnen Mitgliedsstaaten das Recht, ja sogar die Pflicht haben, sich in Europa einzumischen. Ganz im Gegenteil. Ihr Wunsch nach mehr Transparenz auf europäischer Ebene ist verständlich, zu begrüßen und nichts, wovor man sich fürchten sollte. Es wäre ein folgenschwerer Fehler, die nationalen Parlamente gegen das Europäische Parlament auszuspielen zu wollen.

Fazit

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass auch Jacques Delors sich einst einer Krise gegenüber sah, die Großbritannien heraufbeschworen hatte. Damals wollte Margaret Thatcher – deren Wirtschaftsprogramm in einigen Ländern Schule zu machen scheint – nur gegen Vorlage eines Schecks in Europa verbleiben. Heute will Großbritannien Europa verlassen, ohne dafür die Kosten zu tragen. Das ist schlicht unmöglich. Ich empfinde Hochachtung für das Vereinigte Königreich und weiß, was die Briten in den tragischsten Stunden der französischen und europäischen Geschichte für uns getan haben. Uns verbinden zudem die geographische Nähe, unsere wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, aber auch die engen Bande, die unsere Bürger miteinander geknüpft haben. Doch es ist weder den Interessen Europas zuträglich, noch ist es im Interesse Großbritanniens, in der jetzigen Ungewissheit zu verharren.

Großbritannien hat sich für den Brexit entschieden. Und ich glaube sogar, dass Land strebt einen harten Brexit an, das wäre angesichts des Referendumsergebnisses nur konsequent. Und auch wir müssen diesbezüglich Entschlossenheit zeigen. Tun wir das nicht, stellen wir die Prinzipien der Europäischen Union infrage. Dann könnten andere Länder oder Parteien auf die Idee kommen, der EU den Rücken zu kehren, weil sie glauben, auch nach einem Austritt in den Genuss gewisser Privilegien zu kommen, ohne irgendwelche Nachteile in Kauf nehmen oder Regeln akzeptieren zu müssen. Europa muss in dieser Hinsicht standhaft bleiben, denn nur so kann es seine Grundwerte bewahren. Dazu gehören selbstverständlich auch die vier Freiheiten und insbesondere die Personenfreizügigkeit.

Wir brauchen Druckmittel. Europa zu verlassen muss ein Risiko bergen, es muss seinen Preis haben. Ansonsten werden die Verhandlungen, die Michel Barnier derzeit vorbereitet, kein gutes Ende nehmen, was auf wirtschaftlicher wie menschlicher Ebene schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen würde. Aus all diesen Gründen wird Frankreich, in Abstimmung mit unseren Partnern und ohne der Verhandlungsarbeit der Kommission im Wege zu

stehen, seine Vorstellung von Europa beharrlich verteidigen. Unser Europa ist mehr als ein Markt oder ein Finanzplatz. Es ist mehr als ein Investitionsstandort. Unsere Europa hat Grenzen, unser Europa bietet Schutz. Es schützt ein Sozialmodell, ein Kultur, es steht für Werte ein, die es hartnäckig zu verteidigen und mit der gebotenen Würde zu vermitteln gilt. Deshalb müssen wir Europa verteidigen, schließlich ist es, wie Jacques Delors trefflich sagte, „Notre Europe“.



YES, WE ARE EUROPEAN!

Declaration by the Jacques Delors Institute's European steering committee, Jacques Delors Institute, November 2016 T

FOR AN AMBITIOUS EUROPE

Jean-Claude Juncker, Tribune, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

THE POLITICAL FUTURE OF THE EUROPEAN UNION

Manuel Valls, Tribune, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

20 YEARS OF EUROPE! FRANÇOIS HOLLANDE 06.10.2016

François Hollande, Tribune video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

THE POLITICAL FUTURE OF THE EUROPEAN UNION - JEAN-CLAUDE JUNCKER 7.10.16

Jean-Claude Juncker, Tribune video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

THE POLITICAL FUTURE OF THE EUROPEAN UNION - MANUEL VALLS 7.10.16

Manuel Valls, Tribune video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

STRONGER TOGETHER – EVEN AT 27!

Yves Bertoncini et Enrico Letta, Tribune, Institut Jacques Delors, September 2016

THE EU AND OUR COLLECTIVE SECURITY: STRONGER TOGETHER!

Jacques Delors, António Vitorino, Pascal Lamy, Enrico Letta and Yves Bertoncini, Tribune, Jacques Delors Institute, Juni 2016

Zu den gleichen Themen...

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten
• Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Französischen •
© Jacques Delors Institut – Berlin, 2016 •
© Fotos: David Pauwels



Hertie School
of Governance

Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin
19 rue de Milan, F - 75009 Paris
office@delorsinstitut.de
www.delorsinstitut.de

